

MEHR KOMMUNIKATION – BESSERE BETEILIGUNG

Antragsteller: Landesvorstand

Der Landesausschuss möge Folgendes beschließen:

5

Einleitung

Wir haben in den letzten Monaten viel über die Kommunikations- und Entscheidungsstrukturen der GAL Hamburg diskutiert. Viele Mitglieder haben deutlich gemacht, dass sie einen Mangel an
10 Information, Transparenz und Beteiligungsmöglichkeiten wahrgenommen haben und dass ihnen die Wertschätzung von Kritik und politischen Debatten fehlten.

Diese Kritik mündete in mehrere Anträge zur Landesmitgliederversammlung im Oktober 2011 mit Vorschlägen für Strukturen, Standards, Mindestverpflichtungen u.a. Der Landesvorstand hat diese Anträge zusammengeführt und mit einem ersten Entwurf um Feedback von Kreisverbänden bzw.
15 Bezirksfraktionen, der Bürgerschaftsfraktion und der Grünen Jugend gebeten. Zudem hat der Landesvorstand diesen ersten Entwurf auf dem Landesvorstands-Kreisvorstände-Treffen im November und im Landesvorstand Anfang Januar mit dem Vorstand der Bürgerschaftsfraktion diskutiert. Die bisherigen Rückmeldungen haben in das Papier – soweit möglich – Eingang gefunden. Die Bürgerschaftsfraktion hat zudem angekündigt, zum Landesausschuss einen schriftlichen Beitrag zum
20 Selbstverständnis der Fraktion zum Thema Kommunikation und Beteiligung vorzulegen. Das Ergebnis unseres Diskussionsprozesses legen wir hiermit dem Landesausschuss am 31. Januar zur Abstimmung vor.

Dabei ist es uns wichtig vorab festzuhalten:

Der Landesvorstand hat nicht nur die Vorschläge aus den Anträgen aufgenommen, sondern diese
25 auch durch eigene Vorstellungen und Ideen ergänzt und modifiziert. Nicht alle Forderungen sind dabei eins zu eins übernommen worden. Uns war es wichtig, möglichst viele Verbesserungsideen aufzunehmen und gleichzeitig eine stimmige Gesamtvorlage zu liefern.

Unsere Vorschläge haben unterschiedlichen Charakter: Wir wollen die bestehenden Gremien und

30 Formate besser vorbereiten und ausgestalten, um mehr Mitbestimmung, innerparteiliche Demokratie,
Transparenz und Beteiligung zu ermöglichen. Zusätzlich wollen wir einige neue Formate und
Maßnahmen verbindlich einführen. Darüber hinaus haben wir in einem dritten Teil weiter gehende
Vorschläge zusammengestellt, die ausdrücklich als „Baukasten“ zu verstehen sind und nicht als ein
Programm, das zwingend Punkt für Punkt abgearbeitet werden muss. Vielmehr sollen diese
35 Vorschläge im Einzelfall eine Anleitung geben, wie ein Prozess sinnvoll organisiert werden kann. Dies
betonen wir an dieser Stelle ausdrücklich, um den aus der Mitgliedschaft geäußerten Bedenken
bezüglich „Verzettelung“ bzw. fehlender Priorisierung entgegen zu wirken. Die formulierten
Maßnahmen und Aktionsformen sollen flexibel genutzt werden. Sie sind auch als Angebot an die
Kreisverbände zu verstehen, das eine oder andere Instrument vor Ort oder in direkter Kooperation mit
dem Landesverband auszuprobieren. Zu guter Letzt haben wir einige Bereiche identifiziert, in denen
40 die GAL künftig detailliertere Konzepte entwickeln sollte. Den Fragen des inhaltlichen Prozesses, des
Leitbildprozesses, der AG Wahlrecht und der Vorbereitung der anstehenden Wahlkämpfe werden wir
uns in gesonderten Vorlagen widmen.

Der Landesvorstand will und kann den Streit innerhalb der GAL zum Thema Debattenkultur nicht
abschließend klären. Es wäre aus unserer Sicht auch ein falscher Ansatz, diesen Streit "von oben" zu
45 "befrieden". Eine neue, lebendige und fruchtbare Debattenkultur etabliert sich nur, wenn sie von
allen auch gelebt wird. Mit unseren Vorschlägen wollen wir dafür sorgen, dass die verschiedenen
Meinungen und Perspektiven in konstruktive Debatten einfließen können. Deswegen haben wir
zwischen der Vorlage dieses Vorschlags und seinem Beschluss genügend Zeit für Kritik, Verbesserung
und Debatte eingeplant. Das ist der wesentliche Grund, warum wir den Antrag im Januar auf dem
50 Landesausschuss behandeln wollen.

Den zentralen Zielen bessere parteiinterne Kommunikations-, Debatten- und Beteiligungsstrukturen,
mehr Transparenz und Austausch der verschiedenen Akteure sowie einer klaren inhaltlichen
politischen Fokussierung fühlen wir uns als Landesvorstand verpflichtet. Wir möchten die Vorschläge
mit Leben füllen und im täglichen Miteinander vorleben und uns selbst und andere immer wieder an
55 die Neuerungen erinnern. Deshalb wünschen wir uns, dass möglichst viele Mitglieder aus allen
Bereichen der Partei in diesem Sinne aktiv für eine bessere Kommunikation und Beteiligung innerhalb
der Partei eintreten. Wir wünschen uns, dass wir uns gegenseitig wertschätzend und gleichzeitig
inhaltlich präzise rückmelden, wenn Kommunikation oder Transparenz an der einen oder anderen
Stelle optimierungswürdig sind. Wenn alle etwas dazu beitragen, ist die Wahrscheinlichkeit hoch, dass
60 die Partei als Ganzes davon profitiert.

Petitum

Der Landesvorstand bittet den Landesausschuss, den folgenden Plan zur Verbesserung der parteiinternen Debatte und der innerparteilichen Demokratie in der GAL zu beschließen:

Wir Grüne in Hamburg wollen uns mehr Demokratie innerhalb der Partei zutrauen. Unsere Mitglieder
65 sind die wichtigste Ressource, die wir haben. Damit sich jedes Mitglied seinen Interessen, Stärken und
Zeitbudgets entsprechend einbringen kann, wollen wir unsere Strukturen verbessern und unsere
Diskussions-, Streit- und Beteiligungskultur mit neuem Leben füllen. Debatten um Inhalte sind
wichtig, unter anderem dafür gibt es Parteien.

Mit diesem Projekt setzen wir neue Standards für die Prozesse, in denen wir uns über Inhalte streiten,
70 einigen oder mehrheitlich entscheiden. Dieses soll nicht die Debatten im Rahmen eines inhaltlichen
Prozesses und eines Leitbildprozesses ersetzen. Es soll Vertrauen dafür schaffen, dass es sich für jedes
Mitglied lohnt, sich in diese Prozesse einzubringen. Wir wollen künftig stärker dafür sorgen, dass die
inhaltlichen Fragen, die wir anpacken, in klaren und nachvollziehbaren Verfahren und
Diskussionsstrukturen behandelt werden, um damit die Qualität unserer Prozesse zu steigern und
75 politische Entscheidungen transparenter zu machen und besser zu legitimieren. Das kann durch
Stärkung bestehender Gremien und Treffpunkte sowie mittels neuer Formate erfolgen. Hier haben wir
in den letzten Monaten schon erste Schritte unternommen. Und: Unsere Partei lebt auch von der
Selbstorganisation aktiver Mitglieder – neue Arbeitsgruppen, Treffen, Veranstaltungs- und
Aktionsformen sind herzlich willkommen, auch wenn sie sich nicht in diesem Papier finden!

80 Dieses Papier formuliert auch Erwartungen an die MandatsträgerInnen, die auf den verschiedenen
Listen der GAL gewählt worden sind. Wir sind uns bewusst, dass das Parteileben von einer guten,
respektvollen, kritischen und konstruktiven Zusammenarbeit mit den verschiedenen Fraktionen lebt.

In der Regierungszeit fehlten uns Räume für Widerspruch und Reaktion, Klärung und ggf.
Verbesserungsvorschläge. Wir hatten zu wenig Gelegenheit zur politischen Generaldebatte und
85 strategischen Analyse. Das hat dazu beigetragen, dass die Ansichten vieler Mitglieder, die sich
ehrenamtlich für die GAL engagieren, zu wenig mit der Arbeit derer zusammengebracht wurde, die
sich unserer gemeinsamen Sache professionell rund um die Uhr widmen.

Diese Ideensammlung ist ausdrücklich als „Baukasten“ zu verstehen. Dieser Baukasten beinhaltet
Werkzeuge, die immer angewendet werden sollen. Er hat aber auch Elemente, die in bestimmten
90 Situationen zur Verbesserung von Information, Transparenz, Beteiligung sowie Möglichkeiten und
Wertschätzung von Kritik und politischen Debatten beitragen können, die aber nicht immer und erst
recht nicht alle gleichzeitig sinnvoll sind und nicht zwingend Punkt für Punkt abgearbeitet werden

müssen. Auch im Zeitbedarf, in den Kosten und in der Wirkung in die Mitgliedschaft hinein unterscheiden sich die Bausteine und sind unterschiedlich zu bewerten und unterschiedlich einsetzbar.

95 **A. Unser Plan zur Verbesserung bestehender Gremien und Formate**

1. Der Landesausschuss (LA)

Der LA wurde bei der letzten größeren Satzungsreform der GAL eingerichtet. Er ist geeignet für Debatten, die den Landesverband und die Kreisverbände betreffen. Er kann Entscheidungen treffen, die einer relativ großen Legitimation bedürfen, aber für eine Landesmitgliederversammlung entweder zu kleinteilig oder zu eilig sind. Er kann ein Raum sein, der kritische Diskurse innerhalb der Partei zwar für die Öffentlichkeit nachvollziehbar aufwirft, aber keine öffentliche Zurschaustellung einer parteiinternen Auseinandersetzung betreibt. Deswegen ist der LA in der Satzung als parteiöffentliches, aber nicht als öffentliches Gremium vorgesehen.

Der LA soll in Zukunft besser genutzt werden: Die Themenplanung soll langfristiger erfolgen und auf allen Ebenen der Partei besser vorbereitet werden. Die Themensetzung soll zudem der politischen Bedeutung des LA besser gerecht werden. Im LA sollen mehr wichtige politische Debatten geführt und Entscheidungen getroffen werden. Im LA soll es künftig mehr Gelegenheit zu konstruktiver Kritik und Widerspruch geben. Der LA kann zudem verstärkt zur Rechenschaftslegung der Arbeit von Vorstand und Fraktion zu bestimmten Themen genutzt werden, indem er politische Meilensteine als Aufgaben beschließt. Inwieweit der LA in seiner Organisationsstruktur (ständiges Präsidium) verändert werden sollte, sollte im Rahmen der Satzungskommission diskutiert werden. Wünschenswert ist eine stärkere Einbindung der Mitgliedschaft in den Kreisverbänden vor LA-Sitzungen. Hierfür ist vor allem eine frühzeitige Versendung der Vorlagen wichtig. Gleichzeitig ist der LA auch als Gremium angelegt, das mit höherer Legitimität als der Landesvorstand rasch dringende Entscheidungen treffen kann. Der Landesvorstand wird deswegen Entscheidungsvorlagen für den LA künftig in der Regel 14 Tage vor der Sitzung versenden.

2. Mehr und besser vordiskutierte Landesmitgliederversammlungen (LMVen)

Die LMV ist das höchste beschlussfassende Gremium der GAL. In der Vergangenheit haben die Programmdebatten auf LMVen stark darunter gelitten, dass es keinen Antragsschluss und somit für die Mitglieder keinen Gesamtüberblick des letztendlichen Entscheidungsbedarfs und der Alternativen gab. In der Regierungszeit sind die LMVen nicht ausreichend als Ort der strittigen und offenen

Entscheidung organisiert und genutzt worden. Die Kritik an der „Parteitagsregie“ in der
Regierungszeit ist angekommen. Der Landesvorstand will zukünftig mehr Freiraum für Debatten auf
125 LMVen schaffen und sich zum Beispiel in der Verteilung von gesetzten und nicht gesetzten
Redebeiträgen weniger an Bundesparteitagen orientieren als bisher. Weniger gesetzte Redebeiträge
können jedoch auch dazu führen, dass Mandats- oder FunktionsträgerInnen, deren Meinung
Mitglieder möglicherweise gerne wissen wollen, nicht zu Wort kommen. Deshalb werden wir auch
andere Formen etablieren, die Gelegenheit geben, diese Diskussion vor der eigentlichen Debatte zu
130 führen. Die Workshops bei der Bundesdelegiertenkonferenz (BDK) 2011 in Kiel waren ein gutes
Beispiel für diesen Austausch. Dazu gehört auch, dass der Landesvorstand in den nächsten Jahren
mehr Gelegenheit zur Debatte auf LMVen geben und neben der satzungsgemäß vorgeschriebenen
jährlichen LMV regelhaft eine zweite LMV anbieten will.

Wir werben gegenüber der Satzungskommission dafür, dass grundsätzlich ein Antragschluss in
135 ausreichendem zeitlichem Abstand zur LMV eingeführt wird. Bis dahin wird der Landesvorstand für
die Übernahme von Änderungsanträgen in Leitanträge des Landesvorstands eine informelle Sperrfrist
beschließen und offensiv kommunizieren. Damit soll zumindest die durch Übernahmen modifizierte
Position des LaVo für jedes Mitglied nachvollziehbar dargestellt werden. Das Recht von Mitgliedern, in
der Verfahrensdebatte ein Votum gegen die Übernahme per Mehrheitsbeschluss zu erwirken, wird
140 dadurch nicht berührt. Die Übernahmen in Leitanträge werden für den Landesvorstand zudem nicht
mehr de facto von der Antragskommission beschlossen, sondern von dieser mit dem Landesvorstand
verhandelt.

Zudem ist festzustellen, dass unsere LMVen vor dem Hintergrund der größer gewordenen
Mitgliederzahl verbessert werden müssen. Der Landesvorstand muss gemeinsam mit den
145 Kreisverbänden, den Teilorganisationen, den Landesarbeitsgemeinschaften und ggf. der Fraktion
künftig jede LMV besser vorbereiten. Die Mitglieder sollen vorab die Möglichkeit haben, sich in
Kurzform mit den wichtigsten Debattenargumenten vertraut zu machen. Dafür wird der
Landesvorstand versuchen, rechtzeitig vor jeder LMV eine inhaltliche Zusammenfassung der Themen
mit Debattenbeiträgen aus unterschiedlichen Perspektiven vorzubereiten bzw. die Beteiligten um
150 zusammenfassende Darstellungen bitten. Eine Workshopphase auf LMVen wollen wir testen.

Das Gelingen einer LMV ist auch stark von der Sitzungsleitung durch das jeweilige Präsidium
abhängig. Es ist daher zu überlegen, ob der Landesvorstand einen mehr oder minder festen Pool von
Personen bestimmt, die in der Regel für die Leitung der Versammlungen vorgeschlagen werden.
Diesen Personen können vom Landesvorstand bestimmte Weiterbildungs- und Trainingsangebote
155 gemacht werden, die zu einer guten Moderation der Versammlung (Redezeit!) beitragen. Vor der
satzungsgemäß vorgeschriebenen jährlichen LMV legen zudem Fraktion und Vorstand einen Bericht

vor, der die Umsetzung bzw. das weitere Schicksal der auf der LMV gefassten Beschlüsse im Sinne eines Zielcontrollings zusammenfasst. Auf Wunsch einer Mindestzahl von Mitgliedern kann hierzu eine Debatte angemeldet werden.

- 160 Die Initiative einzelner Kreisverbände, Themenabende vor LAen oder LMVen anzubieten, ist ebenfalls sinnvoll. Diese und andere Beispiele werden vom Landesvorstand durch eine „Best-Practise-Übersicht“ zusammengefasst und an die Kreisverbände versandt.

Bei der Vorstellung von KandidatInnen wollen wir neue Formate ausprobieren. So sollen sich die KandidatInnen in kleinen Gruppen (Weltcaféformat) vorstellen und Fragen beantworten können.

- 165 Zudem wollen wir die finanziellen und rechtlichen Möglichkeiten für die Nutzung eines elektronischen Auszählsystems prüfen. Die AG Wahlrecht soll zudem Maßgaben entwickeln, mit wie vielen Plätzen die GAL künftig die Landeslisten für Bürgerschaftswahlen besetzen will.

3. Die „neue“ Landesvorstandssitzung (LaVo-Sitzung)

- 170 Die LaVo-Sitzung soll der wichtigste Raum des politischen Partei-Diskurses zwischen den LAen und den LMVen werden. Hier sollen für die Parteiöffentlichkeit transparent und nachvollziehbar die wichtigen Entscheidungen getroffen werden, aber auch die politischen und strategischen Debatten der GAL stattfinden. Die Sitzungen des LaVo sollen der Ort werden, an dem die Gliederungen und Mitglieder ihre Anliegen, ihre Kritik und ihre Forderungen vortragen und einbringen und sicher sein können, dass dies weiterverfolgt und nachvollziehbar entschieden werden.

- 175 Der erste Schritt dahin ist ein besserer Umgang mit den Einladungen und den Protokollen der LaVo-Sitzungen. Der LaVo wird die Tagesordnungsentwürfe künftig gezielt mindestens drei Arbeitstage vor der Sitzung per E-Mail, auf der Online-Plattform und/oder in der Facebook-Gruppe parteiöffentlich machen, so dass Mitglieder Anregungen und Vorschläge einspeisen können. Die E-Mailliste für Protokolle und Einladungen wird von Seiten des LaVo überarbeitet und regelmäßig proaktiv
- 180 gegenüber den Mitgliedern beworben. Der LaVo soll sich zudem ständig um eine Qualitätsverbesserung der Einladungen und der Protokolle bemühen, so dass aus ihnen der politische Gehalt der einzelnen Tagesordnungspunkte ersichtlich wird. Ggf. werden proaktiv Interessierte zur Sitzung eingeladen. Zudem soll der LaVo auch im Falle von zu klärenden inhaltlich strittigen Punkten oder bei inhaltlichen und strategischen Debatten im LaVo die Mitglieder verstärkt über das Forum, die
- 185 Facebook-Gruppe oder die neue digitale Plattform der GAL (vgl. LA-Beschluss) und ggf. auch den GreenNewsletter gezielt zu den Sitzungen einladen. Der neue LaVo wird deswegen seine Geschäftsordnung so beschließen, dass dort Mitglieder das Recht haben, in angemessenen Maße

Stellung zu nehmen . Wenn sinnvoll, soll der LaVo in diesem Zusammenhang auch
Bürgerschaftsfraktion in die Vorstandssitzung laden. Um die LaVo-Sitzung zu einem Ort der Debatte
190 zu machen, muss es aber auch möglich sein, dass der LaVo seinen Sitzungsablauf vor nicht
angemessenen Beiträgen schützt. Der LaVo soll zudem zu geeigneten Tagesordnungspunkten eine
vorherige Debatte in der Facebook-Gruppe und der künftigen Online-Plattform anbieten, so dass
auch Anregungen von Mitgliedern eingebracht werden können, die an der Sitzung selber nicht
teilnehmen können (oder wollen).

195 **4. Die Landesarbeitsgemeinschaften (LAGen)**

Die LAGen sind der Ort der Expertise zu Fachthemen in der GAL. Zudem sind sie der Ort, an dem bei
uns die meisten bundespolitischen Debatten stattfinden. Dennoch sind sie zu wenig miteinander und
mit dem LaVo vernetzt. Deswegen sollte die Satzungskommission auch das LAG-Statut
überarbeiten. Wichtig ist, dass jede LAG feste AnsprechpartnerInnen im Landesvorstand bekommt.
200 Zudem wird der LaVo in Zusammenarbeit mit den LAGen ein neues LAG-Konzept erarbeiten.
Bestandteile könnten z.B. sein: regelmäßiger LaVo-TOP "Bericht aus einer LAG" mit rotierender
Einladung an die LAGen zur Sitzung sowie das Verhandeln von Zielvereinbarungen zwischen LAGen
und LaVo, die eine gemeinsame Agenda, die gezielte Einbindung der fachlich zuständigen LAGen in
die Vorbereitung von BDKen, Beteiligung der LAGen an der Onlineplattform und ggf. dafür
205 notwendige Ressourcen und Unterstützung festlegen und evaluierbar machen. Ziel ist eine Stärkung
der LAGen und gleichzeitig eine Verbesserung der Vernetzung der LAGen mit den weiteren Gremien
der GAL. Auch bei den LAGen stellt sich die Frage der Ergebnissicherung: Wie kann sichergestellt
werden, dass die Mitglieder zentrale Positionen der LAG zu wichtigen Themen kennen? Darüber
hinaus ist es wichtig, dass die Mitglieder der Fraktion ihr Wissen eng und sinnvoll mit den LAGen
210 austauschen und die LAGen wenn möglich bei kurzfristigen Entscheidungen eingebunden werden.

5. Das LaVo-Kreisvorständetreffen (LaVo-KV-Treffen)

Der Landesvorstand soll verstärkt das LaVo-KV-Treffen nutzen, um politische Debatten mit den
Kreisvorständen anzustoßen. Dafür werden wir versuchen, die Themen so rechtzeitig festzulegen,
dass eine inhaltliche Vorbesprechung in den Kreisvorständen möglich ist. Wichtige Themen, die im LA
215 oder auf einer LMV behandelt werden sollen, sollten in der Vorbereitung auch auf dem LaVo-KV-
Treffen behandelt werden. Das LaVo-KV-Treffen kann so die Rolle der Kreisverbände vor LMVen und
LAen stärken, aber auch dazu beitragen, dass in den Kreisverbänden vor LMVen und LAen die
wichtigen Themen besser vorbereitet bzw. vordiskutiert werden können. Jeder Kreisverband sollte

feste AnsprechpartnerInnen im (geschäftsführenden) Landesvorstand erhalten.

- 220 Die durch die Realität des Wahlrechts auch landespolitisch stärkere Rolle der Kreisverbände wird darüber hinaus grundsätzlich dazu führen, dass die Kreisverbände sich auch stärker mit Initiativen, eigenen Interessen und Expertise in landespolitische Debatten einbringen können und sollen. Der Landesverband wird künftig mehr auch auf starke Kreisverbände angewiesen sein.

6. Zuständigkeiten innerhalb des Landesvorstands

- 225 Der LaVo soll eine verbindliche Themen-, Kreisverbands- und Gliederungszuständigkeit seiner sieben Mitglieder beschließen und veröffentlichen. Die Beisitzerinnen und der Beisitzer sollen eine aktivere und verantwortlichere Rolle als bisher bekommen. Dafür sollen sie für ihre Bereiche Arbeitspläne entwickeln und nach Debatte im LaVo umsetzen können. Über den Fortlauf wird alle drei Monate im Rahmen eines Tagesordnungspunktes des LaVo berichtet.

230 B. Neue Formate und Maßnahmen, die wir einführen wollen

1. Die offene LaVo-Werkstatt

Nach seiner jährlichen LaVo-Klausur soll der LaVo eine halbtägige Werkstatt durchführen, zu der alle interessierten Mitglieder eingeladen sind. Auf dieser Werkstatt sollen die wichtigen Themen und Ziele des LaVo, die inhaltliche Planung der GAL für das folgende Kalenderjahr und weitere Fragen

- 235 besprochen werden. Der LaVo nutzt die Ergebnisse für die Jahresplanung.

2. „Un-Konferenzen/Nicht-Konferenzen“

Der LaVorstand soll künftig mindestens alle 2 Jahre eine größere Un-Konferenz durchführen. Diese dient der Vernetzung, dem Meinungsaustausch und der freien Debatte zwischen Mitgliedern und FunktionsträgerInnen bzw. untereinander. Deshalb ist es wichtig, dass alle Gremien und

- 240 Teilorganisationen vertreten sind.

C. Katalog von Maßnahmen und Formaten, die künftig zu geeigneten Themen und Zeitpunkten angeboten werden können/sollen

1. Zukunftswerkstätten

245 Neben den Nicht-Konferenzen kann der LaVo zu bestimmten Themen Zukunftswerkstätten anbieten. Diese werden in der Regel durch eine Moderation gestaltet und dienen im Gegensatz zu den Nicht-Konferenzen der Sammlung und Entwicklung von Ideen und Programmansätzen. Die Zukunftswerkstätten vereinbaren Arbeitsaufträge und Ziele an die TeilnehmerInnen und den LaVo.

2. Denkfabriken

250 Das Format der Denkfabriken soll eine offene Debatte über die politische Gesamtlage und die strategische Ausrichtung der GAL ermöglichen. Dieses Format soll ein freier Raum der Debatte werden, der ggf. durch kurze Inputs von Externen bereichert werden kann.

3. „Ältestenrat“

Die in der GAL vorhandenen Erfahrungen sollten besser genutzt werden. Deswegen sollte der LaVo zu geeigneten Anlässen Kreise von erfahrenen GALierInnen einladen, die eine Außensicht auf die Lage der GAL repräsentieren. Vor jeder Sitzung eines solchen „Ältestenrats“, der kein festes Personaltableau haben soll, werden im LaVo-Protokoll der Termin und die Namen der Eingeladenen festgehalten. Diese Treffen sind keine Veranstaltung im Rahmen der Satzung. Sie sollen für Parteimitglieder in dem Maße offen sein, wie der informelle Charakter der Sitzungen dabei erhalten werden kann.

255
260

4. „Cross-LAG-Abende“ und Ad-Hoc-Gruppen

Der LaVo kann zu bestimmten Themen Mitgliederabende in Kooperation mit einer oder mehreren LAGen anbieten. In bestimmten dringenden Streitfragen oder auch bei grundsätzlichen Querschnittsthemen kann er zu Ad-Hoc-Gruppen einladen, die unter Beteiligung der betroffenen LAGen, Fraktionsressorts, Bezirksfraktionen und Kreisverbände eine inhaltliche Debatte vorbereiten, führen und eine Entscheidung durch eine LMV, einen LA oder eine LaVo-Sitzung vorbereiten. Diese Gruppen fassen selbst keine Beschlüsse. Ihre Einrichtung werden in der LaVo-TO angekündigt und

265

ihre Ergebnisse protokolliert.

D. Weitere wichtige Projekte und Maßnahmen

270 1. Frauen stärken und Vereinbarkeit ermöglichen

Noch immer sind Frauen nicht zu mindestens 50% bei der GAL vertreten, und die Frauen unserer Partei gestalten auch nicht derart mit, wie die männlichen Mitglieder es tun. Offenkundig zeigt sich dieses Problem für jeden auf Landesmitgliederversammlungen, wenn die Box mit den weiblichen Redebeiträgen leer bleibt oder allzu schnell erschöpft ist. Wir sehen daher die Notwendigkeit, die
275 Stärkung der Frauen in der GAL in den nächsten Jahren zu forcieren und damit auch für mehr Frauen attraktiv zu werden. Dies bedeutet nicht, dafür zu sorgen, dass sich die Frauen künftig einfach häufiger benehmen wie die Männer. Vielmehr geht es um die Veränderung der Partei- und Debattenkultur, so dass auch Frauen stärker unsere Politik gestalten wollen.

Zunächst wird der Landesvorstand in einer Befragung zum Thema Beteiligungsvoraussetzungen und
280 -hemmnisse erheben, welche spezifischen Bedürfnisse Frauen und Menschen mit Familie (u.a. Kinder, pflegebedürftige Angehörige) haben und welche Veränderungen sie hinsichtlich der Beteiligungsmöglichkeiten vorschlagen. Dies soll es uns ermöglichen, die tatsächlich nötigen Beteiligungsvoraussetzungen zu schaffen und mithilfe der neuen Formate mehr Beteiligung zu realisieren. Bei allen Gremien und Veranstaltungen soll das Frauenstatut konsequent zur Anwendung
285 kommen. Es gilt aus unserer Sicht, eine Haltung zu entwickeln, die die gezielte Förderung von weiblichem Nachwuchs und das Heranführen an Ämter auch als Führungsaufgabe begreift. Der LaVo prüft daher die Durchführung eines Mentoring-Projekts. Zudem sollen in Zusammenarbeit mit der LAG Frauenpolitik geeignete frauenspezifische Angebote entwickelt werden, wie beispielsweise Frauenvernetzungstreffen, Rhetorik-Seminare oder in Anlehnung an die Grüne Jugend sogenannte
290 Weitersteigerinnen-Seminare. Damit betrachten wir die Bewältigung der Herausforderungen auf dem Gebiet nicht als abgeschlossen. Dies soll vielmehr beschreiben, welche Schritte wir in den nächsten Monaten gehen wollen.

2. Dokumentation

Der Aufarbeitungsprozess war insgesamt erfolgreich. Dennoch stellte sich an vielen Stellen das
295 Problem der Ergebnissicherung der Debatten und Beiträge. Für mehr Debattenkultur ist es notwendig, dass Menschen inhaltliche Debatten auslösen, um Einfluss auf die Positionierung der GAL zu nehmen. Im Rahmen der Erprobung der Formate, aber auch der Implementierung der Online-Plattform (Wiki-

Prinzip etc.) müssen deswegen bessere Wege der Dokumentation und Ergebnissicherung gefunden werden. Dies gilt auch für die Arbeit des LaVo und der Kreisvorstände, LAGen und Fraktionen.

300 **3. Informationsansprüche an die Bürgerschaftsfraktion**

Wir erwarten von der Bürgerschaftsfraktion eine angemessene Öffentlichkeitsarbeit in die Parteiöffentlichkeit hinein. Zudem sollte jedes Mitglied der Fraktion über seinen Arbeitsbereich informieren und der Partei Gelegenheiten zur politischen Debatte geben. Ein Newsletter aus jedem Fachressort der Bürgerschaftsfraktion und ein regelmäßiger Newsletter der Gesamtfraktion sind 305 zurecht in den letzten Jahren zu einer Selbstverständlichkeit in der Fraktion geworden. Die Fraktion ist zudem aufgefordert, im Rahmen des Projekts „GAL im Dialog“ auch darzulegen, wie sie ihre strategische Grundausrichtung und die Entwicklung ihrer Fachpolitiken verstärkt im Dialog mit der Partei und ihren Gliederungen organisieren möchte.

4. Online-Plattform

310 Der LA hat am 30. August die „Einrichtung einer gemeinsamen internetbasierten Plattform für alle Gremien, Organisationseinheiten, Arbeitsgruppen und Mitglieder der Partei zur gegenseitigen Information und gemeinsamen Diskussion, zur Beteiligung von Parteimitgliedern an Diskussionen im Vorfeld von Entscheidungen von Parteigremien und Fraktionen sowie zur Dokumentation von politischen Diskussionen, Arbeitsergebnissen und Prozessen“ beschlossen. Damit soll die bisherige 315 unterentwickelte Kultur des digitalen Arbeitens vorangebracht und die auf verschiedenen Plattformen teilweise parallel stattfindenden Diskussionen (Facebook-Gruppe, E-Mail-Forum, Wurzelwerk) gebündelt werden.

Im Kern geht es darum, ein Werkzeug zu schaffen, das zu folgenden Anforderungen einen Beitrag leistet:

- 320 ♣ **Transparenz** in der GAL verbessern
- ♣ **Dokumentation** in der GAL verbessern
- ♣ **Kommunikation** in der GAL verbessern
- ♣ **Debattenkultur** in der GAL verbessern
- ♣ Politische **Arbeitsprozesse** in der GAL verbessern

325 Jenseits dieser äußeren Anforderungen aus Sicht der NutzerInnen muss die Plattform natürlich auch einige weitere rein technische Anforderungen aus Sicht der Administration erfüllen. Hierzu hat die AG Digitale Plattform im Pflichtenheft einiges aufgeführt, das jedoch über die politische Funktion hinausgeht. Die AG wird in absehbarer Zeit dem LA gesondert berichten.

Über die Online-Plattform hinaus gibt es mit dem E-Mail-Forum und der Facebook-Gruppe elektronische Diskussions- und Beteiligungsmöglichkeiten, die allerdings nur begrenzt funktionieren. 330 Insbesondere die Facebook-Gruppe hätte dabei das Potential, einer noch größeren Zahl an Mitgliedern zur Verfügung zu stehen. Der LaVo und die Kreisverbände sollten deswegen regelmäßig darauf hinweisen, dass es dieses Angebot gibt und wie man Mitglied der Gruppe werden kann.

5. Landesweite Themenkampagnen

335 Der LaVo wird künftig versuchen, jedes Jahr eine zentrale Themenkampagne durchzuführen. Die entsprechende Themenwahl wird entweder im Rahmen des inhaltlichen Prozesses langfristig durch einen LA-Beschluss bestimmt oder vorher durch einen eigenen LA-Beschluss legitimiert. Damit geht einher, dass der LaVo einen großen Teil seiner Ressourcen in Aktivitäten und Veranstaltungen rund um diese Themenwahl geben wird und dies auch eine Priorisierung gegenüber anderen Themen 340 bedeutet. Zur Kampagne gehören: die Erarbeitung einer Broschüre, eine besondere Darstellung auf der Website, Veranstaltungen zum Thema in allen Kreisverbänden und eine große öffentlichkeitswirksame hamburgweite Veranstaltung.

6. Neumitgliederpflege, -bindung und -einbindung/Nachwuchsförderung und Traineeprogramm

345 Wir stellen fest, dass für die Einbindung von Neumitgliedern zunächst einmal die Kreisverbände zuständig sind. Hier haben alle Kreisverbände in den letzten Monaten bestehende Konzepte überarbeitet und neue Ideen entwickelt. Ein weiterer Ort, den neue Mitglieder aufsuchen, sind die LAGen. Der LA erwartet, dass auf neue Mitglieder in LAGen offen zugegangen wird und jede LAG 350 Formen und Angebote der Einbindung neuer Gesichter entwickelt. Kreisverbände und Landesverband müssen Neumitglieder möglichst schnell auch persönlich ansprechen.

Auf Ebene des Landesverbandes gilt: Für Neumitglieder ist es wichtig, dass alles möglichst nachvollziehbar und durchschaubar ist. Die neue Online-Plattform mit einem Archiv von Beschlüssen und Protokollen ist hier ebenso wichtig wie attraktivere LMVen. Der LA erwartet, dass für Neumitglieder verständliche Informationsmaterialien zur Funktionsweise der GAL bereit gehalten

355 werden. Vor LMVen sollte es einen vorgeschalteten Tagesordnungspunkt 0 geben, in dem Menschen,
die zum ersten Mal dabei sind, die LMV erklärt wird und außerdem allen, die bisher weniger aktiv an
den Debatten beteiligt waren, noch einmal die Hintergründe zu den Tagesordnungspunkten erklärt
wird.

360 Der LaVo bietet regelmäßig ein landesweites Neumitgliedertreffen an. In verschiedenen Kreisverbände
gibt es zudem Fragebögen oder ähnliches, die die Kompetenzen und Erfahrungen von neuen GAL-
Mitgliedern abfragen. Zudem haben einige Kreisverbände verschiedene Mentoring-Möglichkeiten für
neue Mitglieder. Der LaVo wird sein Konzept für das Neumitgliedertreffen überarbeiten. Besonders
„erfahrene“ Neumitglieder sollten zudem von Kreisverband und Landesverband gezielt angesprochen
werden.

365 Der Landesverband wird ein Traineeprojekt durchführen. Es umfasst zunächst auf ein Jahr befristet
zwei Stellen, die gemeinsam mit dem LaVo im Verlauf des Jahres ein inhaltliches Projekt bearbeiten.
Zur Traineeestelle gehört ein mindestens sechswöchiges Praktikum in der Landesgeschäftsstelle und
anschließend eine wöchentliche Präsenz am Arbeitsplatz in der Landesgeschäftsstelle. Während der
Projektlaufzeit wird eine Aufwandsentschädigung gezahlt. Die Stellen werden parteiöffentlich
370 beworben. Darüber hinaus soll der LaVo bis zum Ende des Jahres ein umfassendes Konzept zur
Neumitgliederpflege und -einbindung und Nachwuchsförderung erarbeiten und dem LA vorlegen.

7. Mut zur Wortmeldung: Kritik aus der Grünen Jugend ernst nehmen

Die GJ setzt sich für eine Debattenkultur ein, in der "Menschen gerne und mit Freude miteinander
streiten". Die GJ Hamburg hat deutlich gemacht, dass wir auch in der GAL mehr Debatten brauchen,
375 in denen sachlich argumentiert wird. Kleingruppen, konkrete Fragestellungen und kurze Redebeiträge
helfen dabei. Außerdem ist wichtig, dass die Gruppe entscheidet, wie es weiter gehen soll und welche
Fragen noch diskutiert werden müssen. Teildiskussionen lassen sich gut mit Stimmungsbildern
beenden - stellt sich heraus, es gibt einen Konsens, dann muss nicht noch eine Stunde weiter
diskutiert werden. Der LaVo sollte bei der Umsetzung der in diesem Papier vorgeschlagenen
380 Veränderungen und Maßnahmen diese Erfahrungen der GJ nutzen.

Die GJ hat zudem deutlich gemacht, dass ein fairer Umgang in Ton und Inhalt sehr wichtig ist.
Viele junge Grüne trauen sich aufgrund der Gesprächssituation und der Stimmung auf LMVen nicht,
vor so einem großen Plenum zu sprechen. Der LaVo soll die GJ einladen, um ihre Vorstellungen für
Diskussionsstandards vorzustellen und zu beraten, was von Seiten des Landesverbands getan werden
385 kann, um die Debatten auf unseren Sitzungen zu verbessern.

8. Newsletter und Bezirksrundbriefe der Kreisverbände für landespolitische Themen öffnen

Der LaVo wird beauftragt, gemeinsam mit den Kreisverbänden ein Konzept zu entwickeln, wie in die
zahlreich vorhandenen Kreis- und Stadtteilnewsletter, -rundbriefe etc. eine Berichterstattung über
390 wichtige landespolitische Themen integriert werden kann. Insbesondere vor wichtigen
Entscheidungen auf LMVen oder einem LA könnte über eine Berichterstattung in solchen
Kommunikationsmitteln eine bessere Vorbereitung gewährleistet werden. Denkbar ist, dass die
Landesgeschäftsstelle der LaVo hierzu in begrenztem Umfang Textangebote bereitstellt, die die
Kreisverbände integrieren können. Eine ausführlichere Berichterstattung aus dem Landesverband –
395 wie sie früher einmal mit der GALintern existierte – ist leider finanziell nicht leistbar.